Maturakommission

Helmut Konrad übernimmt Vorsitz

VADUZ Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 14. Februar die Maturakommission für die Mandatsperiode 2017 bis 2021 bestellt. Neuer Vorsitzender ist Helmut Konrad aus Schaan. Wie das Ministerium für Äusseres, Bildung und Kultur am Mittwoch weiter mitteilte, stossen die Vizevorsitzende Brigitte Kaiser aus Triesen sowie Richard Quaderer aus Schaan ebenfalls neu zum Gremium. Für eine weitere Mandatsperiode bestätigt wurden die Mitglieder Markus Kaiser aus Gamprin-Bendern, Christoph Mattle aus Altstätten und Hansruedi Noser aus Vaduz sowie Arnold Kind aus Ruggell als Vertreter des Schulamts. Als beratende Stimme nimmt erneut der Rektor des Liechtensteinischen Gymnasiums, Eugen Nägele, in der Kommission Einsitz. «Die Regierung dankt den Mitgliedern für die Bereitschaft, in der Maturakommission mitzuwirken und wünscht ihnen bei der Ausübung dieser Tätigkeit viel Freude und Erfolg», heisst es in der Mitteilung abschliessend. (red/ikr)

Haus Gutenberg

«Gutenberg im Kino»: «Mandela»

BALZERS Passend zum Thema «gewaltloser Widerstand» wird am 23. Februar, neu um 18 Uhr, der Film «Mandela» im Schlosskino Balzers gezeigt: Nach einer Kindheit im ländlichen Hinterland, macht sich Mandela in den 1940er-Jahren in Johannesburg als Frauenheld und Rechtsanwalt einen Namen. Seine erste Frau verlässt ihn bald, in seiner zweiten findet er eine Weg- und Kampfgefährtin. Nach längerem Zögern schliesst er sich dem zunächst gewaltlosen African National Congress an, bald darauf geht er in den Untergrund und landet für 28 Jahre hinter Gittern. Im Südafrika des späten 20. Jahrhunderts reift der Anwalt Mandela vom Untergrundkämpfer zum Einiger des Landes und wird der erste demokratisch gewählte Präsident Südafrikas. Eine Anmeldung ist nicht notwendig, Infos: www.haus-gutenberg.li. (pr)

Wird am 23. Februar im Schlosskino gezeigt: «Mandela». (Foto: ZVG)

Aus der Region

Einbrecher machen fette Beute

WEESEN Einbrecher haben in den vergangenen Tagen Schmuck und Bargeld im Wert von mehreren 10 000 Franken aus einer Parterrewohnung in Weesen gestohlen. Die unbekannten Täter schlugen beim Mehrfamilienhaus ein Fenster ein. Der Einbruchdiebstahl wurde irgendwann zwischen Freitagnachmittag und Dienstag verübt, wie die St. Galler Kantonspolizei am Mittwoch mitteilte. Der Sachschaden beträgt rund 2000 Franken. (sda)

ANZEIGE

«Die nachlassende Produktivität sollte uns schon zu denken geben»

Interview Die Zahl der Arbeitsplätze wächst zwar in Liechtenstein nach wie vor, doch die Produktivität sinkt. Ein Fakt, den ein zukünftiger Wirtschaftsminister im Auge behalten sollte, ist Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li überzeugt.

VON DORIS QUADERER

Thomas Lorenz, Geschäftsführer Stiftung Zukunft.li: «Die Frauenerwerbsquote in Liechtenstein liegt deutlich unter jener der Schweiz.» (Foto: Michael Zanghellini)

«Volksblatt»: Herr Lorenz, Wirtschaftspolitik und die Grenzgängerthematik waren im Wahlkampf eigentlich kaum ein Thema, welches breit öffentlich diskutiert wurde. Heisst das, alles ist im grünen Bereich?

Thomas Lorenz: Es ist nicht verwunderlich, dass diese Themen auf der politischen Agenda nicht zuoberst liegen. Wir haben eine sehr geringe Arbeitslosigkeit, die exportorientierten Betriebe haben sich scheinbar mit veränderten Wechselkursverhältnissen arrangiert, wobei wir die längerfristigen Konsequenzen in diesem Zusammenhang auch noch nicht kennen. Aber doch ist es mit Blick auf die weitere Wirtschaftsentwicklung des Landes notwendig, sich mit diesem Themenkomplex zu beschäftigen.

Das Arbeitsplatzwachstum hat sich im Jahr 2015 verlangsamt. Während in den Jahren davor jeweils rund 400 bis 500 Arbeitsplätze pro Jahr in Liechtenstein geschaffen wurden, waren es 2015 weniger als 100. Zwar hat sich die Situation im Jahr 2016 wieder etwas verbessert, aber gerade in der Industrie wurden Arbeitsplätze abgebaut. Eine Entwicklung, die Sie beunruhigt?

Es ist richtig, dass in der Industrie nach einem leichten Rückgang im 2014 auch 2015 rund ein Prozent der Arbeitsplätze abgebaut wurden. Andererseits sind im Dienstleistungssektor im 2015 mehr Arbeitsplätze entstanden als in der Industrie weggefallen sind. Man kann von einem einzelnen Jahr sicher noch nicht auf einen Trend schliessen. Dazu kommt, dass die absolute Zahl der Arbeitsplätze nicht alleine entscheidend ist für den Wohlstand der Bevölkerung.

In der Publikation «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung» stellen Sie fest, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Liechtenstein in den letzten Jahren nur deshalb gestiegen ist, weil die Zahl der Arbeitsplätze pro Jahr um zwei, teilweise sogar um über drei Prozent erhöht wurde. Wenn nun weniger Arbeitsplätze geschaffen werden, dann hiesse dies, dass das BIP weniger rasch wächst oder gar stagniert.

Nun, grob gesagt kann eine Volkswirtschaft einerseits über das Arbeitsvolumen – also die geleisteten Stunden und damit über die Anzahl der Arbeitsplätze – oder über die Produktivität wachsen. Eine höhere Produktivität bedeutet, dass mit demselben Einsatz an Arbeitsstunden mehr Wertschöpfung entsteht. Richtig ist, dass die Produktivität der liechtensteinischen Wirtschaft seit der Jahrtausendwende sinkt, und das muss uns schon zu denken geben. Wie wir in unserer Publikation ausführen, sind Produktivitätsgewinne eine Hauptquelle für die wirtschaftliche Entwicklung und damit auch der realen Entlöhnung.

Wo sehen Sie die Gründe dieser rückläufigen Produktivität?

Liechtenstein ist nicht als einziges Land mit einer rückläufigen Arbeitsproduktivität konfrontiert. In den meisten Industriestaaten hat sich diese in den letzten Jahren deutlich verlangsamt. Allerdings sind die Ursachen dafür noch wenig klar. Ein verständlicher Erklärungsversuch dazu lautet, dass der Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft die Produktivität dämpft, weil Tätigkeiten wie z. B. Haareschneiden oder die Pflege alter Menschen sich nicht oder nur beschränkt automatisieren lassen. Speziell für Liechtenstein ist, dass die langfristigen Folgen der Finanzkrise 2008 und der Wechselkursthematik durch geringere Erträge und stark gestiegene Regulierungskosten in der Produktivität vor allem des Finanzdienstleistungssektors stark spürbar sind.

Per 31. Dezember 2015 waren in Liechtenstein insgesamt 19 652 Zupendler aus dem Ausland beschäftigt, was 53,5 Prozent der Beschäftigten entsprach. Nützt es denn dem Staat eigentlich etwas, wenn Arbeitsplätze geschaffen, diese jedoch mit Grenzgängern besetzt werden, welche zum Teil nicht mal Quellensteuer bezahlen?

Um hier präzis zu sein: Ende 2015 wohnten 54 Prozent der Zupendler in der Schweiz und zahlten damit keine Quellensteuern in Liechtenstein, die übrigen aber sehr wohl. Und das ab dem ersten verdienten Franken und nicht mit einem Freibetrag wie die liechtensteinischen Steuerzahler. Wenn also z. B. eine Teilzeitangestellte aus Österreich in Liechtenstein 10 000 Franken verdient, dann bezahlt sie dafür 4 % Quellensteuer. Für dieselbe Tätigkeit zahlt eine in Liechtenstein wohnhafte Person keine Steuern.

Aber um auf Ihre eigentliche Frage einzugehen – natürlich nützt es dem Staat und der Gesellschaft, wenn für die Menschen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Auch hier ist Liechtenstein einmal mehr ein Sonderfall, weil wir viel mehr Arbeitsplätze haben als die inländische Bevölkerung überhaupt besetzen könnte. Der positive Effekt liegt darin, dass die entsprechenden Unternehmen hier Steuern zahlen und der offene Arbeitsmarkt dürfte teilweise auch dafür mitentscheidend sein, dass verschiedene, international ausgerichtete Unternehmen überhaupt in Liechtenstein tätig sind und damit auch für Personen in Liechtenstein Arbeits- und Ausbildungsplätze bieten.

Damit das Geld im Land bleibt, könnte man die Zuwanderungsbeschränkungen lockern. Davon wollen jedoch alle Parteien nichts wissen. Was für Chancen oder Risiken sehen Sie diesbezüglich?

Wir kommen in unserer Studie unter anderem zum Schluss, dass die bestehende Sonderlösung in Bezug auf die Personenfreizügigkeit beibehalten werden sollte. Eine in unserem Auftrag durchgeführte Grenzgängerbefragung zeigt, dass die Zuwanderungsbereitschaft der heutigen Grenzgängerinnen und Grenzgänger hoch ist. Bei voller Personenfreizügigkeit würde die Bevölkerung also über einen längeren Zeitraum durch Zuwanderung stark anwachsen, aber die aus unserer Sicht massgebende Kennzahl des Bruttonationaleinkommens (BNE), die die Wertschöpfung der im Inland lebenden Personen misst, würde pro Kopf sinken und damit wären aus einer inländischen Perspektive betrachtet Wohlstandsverluste verbunden. Wirtschaftspolitisch müsste der Weg also vielmehr sein, das bestehende inländische Arbeitskräftepotenzial möglichst gut auszuschöpfen. So liegt z. B. die Frauenerwerbsquote in Liechtenstein sehr deutlich unter derjenigen in der Schweiz.

> «Die Zuwanderungsbereitschaft der Grenzgänger ist hoch. Bei voller Personenfreizügigkeit würde die Bevölkerung stark wachsen.»

Bereits jetzt ist ein starker Anstieg der Bodenpreise spürbar. Familien, welche kein Grundstück geerbt haben, können sich kaum ein eigenes Haus leisten. Es gibt Liechtensteiner Familien, welche über den Rhein ausweichen, während ausländische Manager Häuser in den schönsten Wohnlagen in Liechtenstein kaufen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Hohe Bodenpreise in Liechtenstein sind seit Langem ein Fakt und gerade mit ein Grund, die Sonderlösung für die Personenfreizügigkeit beizubehalten. Wir haben in einer von zwei Öffnungsvarianten untersucht, welche Konsequenzen zu erwarten wären, wenn die hohen Bodenpreise eine politisch gewollte Öffnung quasi zunichtemachen würden, weil in einem solchen Szenario nur hochverdienende Grenzgängerinnen und Grenzgänger im Land Wohnsitz nehmen könnten. Die zu erwartenden Folgen sind fast durchgängig negativ zu werten. Ganz grundsätzlich aber besteht unseres Erachtens im übergeordneten Thema der Raumpolitik in Liechtenstein Handlungsbedarf und ganz grundsätzlich wird aktuell die Entwicklung durch Fehlanreize in der Steuerpolitik noch verschärft.

Was heisst das für die Wirtschaftspolitik? Der bisherige Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer ist ja abgetreten, worauf müsste sein Nachfolger respektive seine Nachfolgerin Ihrer Meinung nach achten?

Unter dem Stichwort «Arbeitsproduktivität» muss es weiterhin Ziel der Politik sein, für den Wirtschaftsstandort gute Rahmenbedingungen bereitzustellen. Verkehrspolitik, Steuerpolitik, ein liberaler Arbeitsmarkt und technische Infrastruktur sind Beispiele, wo dieses stattfinden kann. Was die Ausschöpfung von inländischem Arbeitskräftepotenzial betrifft, sollte die Politik darauf achten, dass nicht Regelungen beschlossen werden, die konträr zu dieser Zielsetzung stehen oder diese gar behindern. Bereiche sind hier das hochaktuelle Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in Bezug auf die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmenden. Aber die Politik allein ist hierfür nicht verantwortlich. Die Arbeitgeberseite spielt – und das geschieht erfreulicherweise auch zunehmend – eine relevante Rolle in diesen Aufgabenbereichen. Aber wir vergessen in dieser Diskussion auch ganz gerne die Arbeitnehmerseite. Bestimmt gibt es viele Frauen, die heute mangels passender Strukturen nicht oder nicht im gewünschten Ausmass beruflich tätig sein können. Aber alleine darauf lässt sich eine so tiefe Frauenerwerbsquote kaum zurückführen. Die im letzten Herbst durchgeführte Abstimmung zu dieser Thematik liefert eben auch Indizien dafür, dass das sogenannte «traditionelle Familienmodell» noch breiter verankert scheint als angenommen. Und auch viele ältere Arbeitnehmende haben in den letzten Jahren die Möglichkeiten eines Rentenvorbezugs in der 1. Säule wahrgenommen, weil dieser sehr lukrativ war.

Zur Person

Thomas Lorenz leitet seit Mitte 2015 die Stiftung Zukunft.li, davor war er Leiter der Stabsstelle Finanzen der Regierung. Die neuste Publikation der Stiftung befasst sich mit dem Thema Wachstum und Zuwanderung in Liechtenstein.